

„Länger arbeiten für die Pensionssicherung“

Wien – Das staatliche Pensionssystem stehe auch mittelfristig nicht vor dem Bankrott, allerdings müssten Adjustierungen vorgenommen werden, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dazu zähle vor allem eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit.

Das war der gemeinsame Tenor von Pensionsexperten anlässlich der Buchpräsentation „Pensionsreformen – Nachhaltiger Sozialumbau am Beispiel Österreichs“ von Christopher Prinz und Bernd Marin (Campus-Verlag). Bert Rürup, deutscher Uni-

versitätsprofessor und Berater der Bundesregierung, strich hervor, dass die Pensionsreform 1997 zwar in die richtige Richtung ging, aber: „Die Quantität der Veränderungen war sicher nicht befriedigend.“ Rürup kritisierte, dass etwa die Anreize, später in Pension zu gehen, nicht ausreichend gesetzt wurden. So muss etwa ein Frühpensionist pro Jahr früher nur einen Abschlag von zwei Prozent in Kauf nehmen. Prinz und Marin schlagen hier einen „versicherungsmathematisch notwendigen“ Satz von zumindest sechs Prozent pro Jahr vor. Marin: „In Schweden etwa bekommt jemand, der drei Jahre nach dem gesetzlichen Pensionsalter in Pension geht, eine um bis zu 30 Prozent höhere Pension. In Österreich gibt es keine Anreize, länger zu arbeiten.“

Marin hat errechnet, dass im Jahr 2030 rund 60 Prozent aller 65 bis 69-Jährigen noch arbeiten müssten, um das Pensionssystem in der derzeitigen Form zu erhalten. Heute stehen in Österreich nur fünf Prozent der 65 bis 69-Jährigen noch im Arbeitsprozess. Unterstützung bekam Marin auch vom Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Helmut Kramer. „Eine um drei Jahre längere Lebensarbeitszeit würde das staatliche Pensionssystem nahezu aller seiner Probleme entheben.“ Darüber hinaus forderte Marin,



Bernd Marin, Christopher Prinz, Bert Rürup und Helmut Kramer (v.li.) waren sich über die notwendigen Adjustierungen des staatlichen Pensionssystems zumeist einig. Foto: Fischer

Pensionisten gegen zu niedrige Erhöhung

„1 Prozent ist zu wenig“

Wien – Heftige und ablehnende Reaktionen hat die im STANDARD bereits erwähnte Ankündigung, die Pensionen könnten 2000 nur um ein Prozent erhöht werden, hervorgerufen. Diese Steigerung läge unter der mit 1,2 Prozent erwarteten Inflationsrate. SPÖ-Pensionistenchef Karl Blecha sagte, er hätte „kein Problem“, eine stärkere Erhöhung notfalls durch ein Gesetz zu beschließen. ÖGB-Pensionistenvorsitzender Johann Schmölz betonte, jede Anpassung unter dem für das Jahr 2000 prognostizierten Produktivitätsanstieg von 1,8 Prozent sei „nicht akzeptabel“.

Der Pensionsexperte Bert Rürup und der Sozialwissenschaftler Bernd Marin halten das Pensionssystem langfristig für finanzierbar, wenn die Menschen länger arbeiten.

(red) **Seiten 10 und 28**

die Pensionsansprüche nicht auf einen Durchrechnungszeitraum zu beschränken, sondern die Lebensbeiträge heranzuziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Buches beschäftigt sich mit den Frauenpensionen. Frauen seien in Österreich trotz der hohen Ausgaben für Pensionen schlecht versorgt, meinte Co-Autor Christoph Prinz.

Nur jede zweite Frau über 60 Jahre beziehe eine Pension, die über dem Minimum von 8.112 S (590 Euro) liege, 24 Prozent bekämen nur eine Witwenpension, und 18 Prozent gar keine Pension. Die Berücksichtigung der Kindererziehung sollte auf das durchschnittliche Erwerbseinkommen abgestellt sein, forderte Prinz. (mimo)